



quergedacht
in Baden-Württemberg



Politik ohne Parteien?



**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Editorial



Quer gedacht

Geht Politik ohne Parteien? Diese Frage haben wir uns für eine weitere Diskussionsveranstaltung in der Reihe „Quer gedacht in Baden-Württemberg“ gestellt. Die Antworten fielen je nach Betrachtungsweise sehr unterschiedlich aus und oft spielten persönliche Erfahrungen mit politischem Engagement eine Rolle. Wir haben zum Thema neben der Einschätzung vieler politischer Akteure auch die wissenschaftliche Perspektive eingebunden. Nach Vortrag und Statements folgte die Debatte im World Café. Mit dieser Dokumentation möchten wir einen Einblick in Inhalte und Ergebnisse liefern.

*Dr. Christine Arbogast,
Fritz-Erler-Forum
Landesbüro Baden-Württemberg
der Friedrich-Ebert-Stiftung*

Inhalt

Uwe Jun über Volksparteien in der Krise	2
Christine Rudolf und Felix Reidinger - ein Streitgespräch über Bürgerentscheide	4
Zivilgesellschaft als Ergänzung der Parteiendemokratie	6
Peter Grohmann - ein Tausendsassa des Politischen	8
World-Café	10

Verkrustungen aufweichen

Volksparteien sind in der Krise, behauptet der Trierer Politikwissenschaftler Uwe Jun. Und er skizziert Wege, auf denen sie aus dieser Krise wieder herauskommen.

Die Welt des Forschers sind Zahlen und Schaubilder. Wie ist es um die Parteiidentifikation in der BRD bestellt? Uwe Jun zeigt eine Fieberkurve, die tendenziell nach oben weist: Es ist der Anteil jener Bürger, die sich mit keiner der deutschen Parteien identifizieren können. Eine abstrakte Größe, die Jun mit knappen Worten interpretiert: „Wir haben keine Parteienverdrossenheit in Deutschland, sondern eine Parteiapathie“.

Es ist ein düsteres Bild, das der Politikwissenschaftler zum Auftakt des „Quergedacht“-Forums in Stuttgart zeichnet. Das Bild einer bundesdeutschen Demokratie, in der Parteien zwar die wichtigste Rolle spielen – aber den Kontakt zu weiten Teilen des Volks verloren zu haben scheinen. Die sinkende Wahlbeteiligung vor allem auf Europa-, Landes- und kommunaler Ebene, Wechselwählertum und Mitgliederschwund sind drei der sichtbarsten Folgen jener von Jun beschriebenen Par-

Die Probleme der deutschen Parteien sind schnell skizziert und auch weitgehend bekannt. So richtig interessant wird es, wenn man nach den Ursachen der Parteienkrise fragt – und nach Auswegen.

„Barack Obama hat mit seinem Präsidentschaftswahlkampf vorgemacht, wie man das Web 2.0 auch für politische Partizipation und Mobilisierung nutzen kann.“

Auf der Suche nach den Ursachen der Parteienkrise setzt Uwe Jun beim gesellschaftlichen Wandel an. Das Stichwort dazu lautet Individualisierung: Der durchschnittliche Bürger ist besser qualifiziert; individualistische Werte stehen bei allen sozialen Schichten hoch im Kurs; all das führt zu geringerer „gesamtgemeinschaftlicher Bindung“, sagt der Politikwissenschaftler. Kurzum: Alte Bindungen lassen nach, die Bindung zu einer Partei bildet da keine Ausnahme. „Parteien sind Teil einer Gesellschaft und diese Gesellschaft verändert sich“, analysiert Professor Jun, „aber die Parteien kommen da nicht mit“.

Das neue gesellschaftliche Umfeld überfordere vor allem große Parteien aus drei Gründen. Erstens könnten sie die neuen Erwartungen der Wähler nicht erfüllen, weil diese den mühsam gefundenen innerparteilichen Kompromiss als zu unentschlossen empfinden und nicht mittragen; sie hängen mit ihrem begrenzten Politikinteresse deshalb lieber monothe-

„Wir haben keine Parteienverdrossenheit in Deutschland, sondern eine Parteiapathie.“

teienapathie: „Die Parteien“, sagt Jun, „sind weit weg von der Lebenswirklichkeit vieler Leute“.

Und weist auf die nächste Fieberkurve: Sie zeigt den Anteil der über 60-jährigen Parteimitglieder von SPD und CDU. Sie steigt viel stärker an als das Schaubild zur Parteienapathie.



matischen Vereinigungen wie der Piratenpartei an. Zweitens sind Parteien mit der von den Mediengesellschaft geforderten Dauerpräsenz überfordert. Schließlich sind Parteien weiterhin nationalstaatlich orientiert und tun sich schwer mit der der Antwort auf europäische oder gar globale Krisen.

Hinzu komme, so Jun, eine „diffuse Abneigung gegen Parteien“ vor allem bei jüngeren Bürgern. Den Politikwissenschaftler verwundert das nicht: Weder könnten Parteien materielle Anreize für den relativ schlecht bezahlten und sozial

wenig angesehenen Politikerberuf anbieten, noch ist parteiintern eine ausgiebige Partizipation möglich. „Damit hat die SPD schon Anfang der 1990er schlechte Erfahrungen gemacht, als Rudolf Scharping Kanzlerkandidat wurde“, erinnert Uwe Jun.

Gerade in Sachen Partizipation sieht der Trierer Professor jedoch auch Chancen für die Parteien. „Barack Obama hat mit seinem Präsidentschaftswahlkampf vorgemacht, wie man das Web 2.0 auch für politische Partizipation und Mobilisierung nutzen kann“. Neben der Anspra-

che müssten Parteien auch ihr Innenleben erneuern. „Da hängt man noch Ritualen aus den 1970ern nach“, sagt Uwe Jun, „der Erlebnisfaktor ist da gleich null.“ Dabei sei gerade dies ein Weg, um Nachwuchs für Parteien zu erschließen, zumal die Verbindungen zu den Vorfeldorganisationen wie den Gewerkschaften schwächer werden.

Was also sind die Schlussfolgerungen, die Parteien aus dieser Bestandsaufnahme ziehen sollten? Uwe Jun sieht zwei Optionen: „Parteien müssten zu professionellen Ausbildungsstätten für den politischen Nachwuchs umgebaut werden. Dann müssten sich Parteien als Unternehmen verstehen und auch entsprechend organisiert werden“. Die Alternative ist ein verändertes Auftreten. Dafür müssten die Parteien ihr Gesicht verändern, neue und starke Kontakte in die Gesellschaft und in die Vorfeldorganisationen knüpfen und noch mehr auf die Medien eingehen. Damit muss mehr innerparteiliche Demokratie einhergehen.

Ob Parteien diesen zweiten Weg überhaupt leisten können, lässt Uwe Jun offen. Seine Analysen schließen nicht aus, dass die deutsche Parteiendemokratie eine Renaissance erleben könnte. Aber, schränkt Jun ein, „in den nächsten zwanzig Jahren sehe ich keinen Wiederaufstieg der Großparteien“.

Zur Person

Prof. Dr. Uwe Jun forscht und lehrt an der Universität Trier mit den Themenschwerpunkten Westliche Regierungssysteme und Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Seine Habilitationsschrift trägt den Titel „Der Wandel von Großparteien im Vergleich“. Er ist Sprecher des Arbeitskreises „Parteienforschung“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Ein zu enger Blickwinkel?

Die Landtagsabgeordnete Christine Rudolf und der Basisdemokrat Felix Reidinger: Ein Streitgespräch über Bürgerentscheide. *Die Fragen stellte Jan Georg Plavec, Journalist*

Frau Rudolf, Herr Reidinger muss für Sie die personifizierte Provokation sein. Er will, dass in politischen Dingen häufiger das Volk entscheidet und nicht Sie als gewählte Abgeordnete.

Christine Rudolf: Ich würde das gar nicht so dogmatisch sehen. Volksentscheide sind eine gute Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Allerdings benötigen sie einen klaren rechtlichen Rahmen. In Baden-Württemberg und der Bundesrepublik müssen wir erst lernen, mit dieser Partizipationsform umzugehen.

Weil sie in Baden-Württemberg mit Ausnahme 1952, als beide Landesteile fusionierten noch nie ausprobiert wurde. Auf Bundesebene ist direkte Demokratie erst gar nicht vorgesehen.

Fabian Reidinger: Diese Form der Partizipation gibt es auch hier im Land nur auf dem Papier. Schauen Sie sich die Hürden

an, die ein Volksentscheid nehmen muss: In Baden-Württemberg muss dafür jeder sechzehnte Wahlberechtigte binnen zwei Wochen auf dem Rathaus unterschreiben. Thüringen macht das beispielsweise besser: Da benötigt man zwar zehn Prozent aller Wahlberechtigten, hat aber vier Monate Zeit und kann Unterschriften sammeln, wo man will – auch auf der Straße. Das macht es erheblich leichter.

Rudolf: Auch ich empfinde das 35-Pro-

zent-Quorum in Baden-Württemberg als zu hoch. Es ist richtig, dass Bürger ihr Engagement bis hin zum Bürgerentscheid zuspitzen können. Direkte Demokratie braucht aber einen rechtlichen Rahmen und muss auf bestimmte Themenfelder begrenzt bleiben. Erst 1975 wurde im letzten Schweizer Kanton das Frauenwahlrecht eingeführt, nach vielen Volksentscheiden. In den USA werden auf diesem Wege Minderheitenrechte abgeschafft oder wie in Kalifornien der Staat

Zur Person

Die studierte Politologin Christine Rudolf interessiert sich für Politik, seit sie 16 ist. Über Arbeit in der Friedens- und Umweltbewegung kam sie mit 19 Jahren zur SPD, weil sie mit der Zeit immer mehr politische Themen interessierten. Rudolf arbeitete sich von der Stadträtin in ihrem Heimatort Freiberg am Neckar über Juso-Kreisvorsitz und Kreisrat bis in den Landtag hoch, dem sie seit 1996 angehört. Außerhalb der Partei war sie allerdings noch lange parallel zur Gremien- und Parteiarbeit in der Frauenpolitik engagiert. Die 44-Jährige betont, dass sie über bürgerschaftliche Initiativen ihren Weg in die Politik gefunden hat.





handlungsunfähig gemacht. Da dürfen nicht wenige auf Kosten der Mehrheit ihre Interessen durchsetzen.

Reidinger: Deutschland ist nicht die Schweiz. Hier kann das Bundesverfassungsgericht grundgesetzwidrige Volksentscheide aufheben. Und zu den Interessen von Minderheiten: Es gibt keinen Beweis, dass das Volk sich von diesen Minderheiten verführen ließe.

Zumindest fühlt sich das Volk manchmal missverstanden. Nach dem missglückten Stuttgarter Bürgerentscheid zum Bahnprojekt Stuttgart21 wurden die Grünen stärkste Kraft im Gemeinderat. Viele werteten die Stuttgarter Kommunalwahl als Protest gegen all jene Parteien, die den

Bürgerwillen nicht wahrnehmen wollten.

Reidinger: Warum sollten Parteien das Monopol in der politischen Willensbildung haben? Im Grundgesetz ist nur die Rede davon, dass sie daran mitwirken. Mit direkter Demokratie wollen wir diese starren Parteistrukturen etwas aufweichen.

Rudolf: Bei Stuttgart21 dominierte und dominiert auf beiden Seiten die Polemik – das wäre gerade im Fall eines Bürgerentscheids so gewesen. Und sehen Sie bitte ein, dass solche Initiativen oft einen sehr eingengten Blick auf die Dinge haben und häufig ihre eigenen Interessen vertreten. Eine gefestigte Demokratie besteht aus beidem: Parteien, die Mehrheiten für

politisch relevante Themen organisieren und Bürgerorganisationen, die fokussierter an Themen arbeiten.

Reidinger: Aber wie können Parteien Mehrheiten organisieren, wenn ein Parlament gerade von 40 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wird?

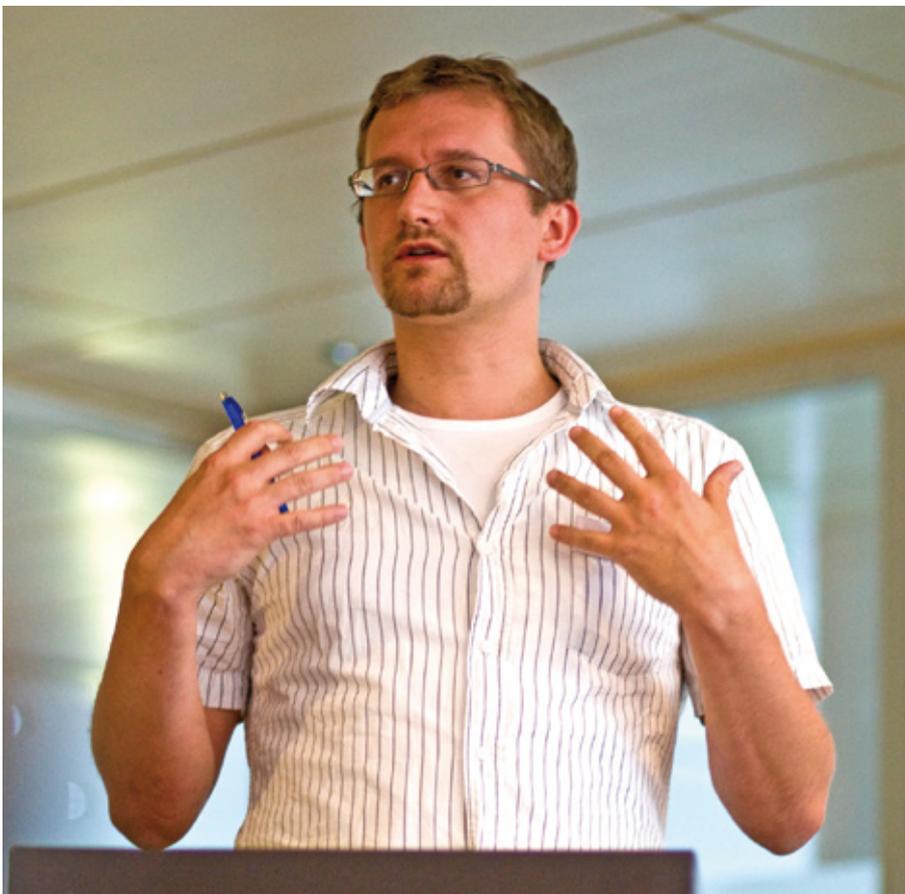
Rudolf: Politikverdrossenheit ist ein anderes Thema. Wenn wir über direkte Demokratie reden: Ein Volksentscheid ist keine Wahl zum Land- oder Bundestag. In meinen Augen sollten wir uns im Land sogar an einem Quorum von zwanzig Prozent orientieren.

Reidinger: Die Leute sollen einfach nicht das Gefühl haben, dass über ihren Kopf entschieden wird. Wir wollen ihnen dazu ein ergänzendes Instrument in die Hand geben. Natürlich funktioniert direkte Demokratie nur ergänzend und Ausmaße wie in der Schweiz dürften manchem Bürger in Deutschland bereits zu viel sein.

Rudolf: Im Grunde sind wir uns doch einig. Volksentscheide sind, wenn man sie richtig betreibt, ein guter Weg. Und für junge Leute können sie eine Brücke in die Politik sein. Deshalb habe ich schon für ein niedrigeres Quorum bei Bürgerentscheiden unterschrieben.

Zur Person

Felix Reidinger ist seit 2002 Mitglied von „Mehr Demokratie e.V.“. Seit 2005 sitzt er ehrenamtlich im Landesvorstand des Vereins, seit Anfang 2008 konzipiert er als hauptamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesverband Kampagnen. Geboren in Ebersbach bei Göppingen, hat der 29-Jährige in Tübingen Politikwissenschaft studiert. Er kämpft für mehr Bürger- und Volksentscheide und ist in keiner Partei Mitglied.



Ohne geht's nicht, mit aber auch nicht so recht

Die Zivilgesellschaft sieht sich nicht als Ersatz, sehr wohl aber als Ergänzung der Parteiendemokratie.



Judith Kolbe lächelt, zuckt leicht mit den Schultern und hebt zur Antwort auf eine Frage an, die man ihr eigentlich gar nicht gestellt hat, die sie aber gern dennoch beantworten möchte. Sie sei einfach nicht willens, in eine Partei einzutreten, sagt die Fachreferentin von Terre des Femmes, „und ich bin auch noch unter 30“. Keine Reaktion im Publikum, warum man nicht auch diesseits der 30 schon ein Parteibuch

haben kann. Deshalb erläutert Kolbe ihre Parteiverdrossenheit.

An ihrer Schule hat sich Judith Kolbe in der Schülermitverwaltung engagiert, ließ sich zur Schulsprecherin wählen und hat „versucht, sich einzubringen“, wie sie sich erinnert. Aber als sie andere Schüler zur Mitarbeit motivieren wollte, „wurde ich jedes Mal angegriffen, verurteilt und nicht respektiert“. Wenig Lohn für viel Engagement.

Kolbe machte dieselbe Erfahrung als Vorsitzende eines Kulturvereins in einer Kleinstadt nahe Frankfurt. Mit 30 anderen Jugendlichen wollte sie der Stadt-

„Wenn die Parteien alle Positionen vertreten könnten, gäbe es keine NROs.“

verwaltung ein Kulturcafé abringen. Sämtliche Parteien hätten dem Vorhaben aber große Skepsis entgegengebracht, der Gemeinderat zögerte mit der Zuteilung eines Gebäudes. „Das war vor allem deshalb schwierig, weil ich nicht Mitglied einer Partei war“, glaubt Judith Kolbe. Sie wandte sich frustriert von der Parteienpolitik ab und ging zu Terre des Femmes, wo sie heute für Frauenrechte kämpft. Parteien sieht sie als „abgeschlossene, alte Gruppen“ – alles andere als sexy für eine junge Frau unter 30, die sich für Kultur und Frauenrechte interessiert.

Fälle wie Judith Kolbe gibt es zuhauf. Lauter enttäuschte junge Menschen, die sich in den Parteien mit ihren Wünschen und Problemen einfach nicht mehr da-



heim fühlen und sich stattdessen in der Zivilgesellschaft engagieren – in Interessengruppen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) wie Terre des Femmes oder Amnesty International (AI).

„Fest steht: Wenn die Parteien alle Positionen vertreten könnten, gäbe es keine NROs“, sagt Alexander Hülle. Der stellvertretende Vorstandssprecher von Amnesty International Deutschland



glaubt nicht daran, dass Menschenrechte in einer der großen deutschen Parteien so viel Platz bekämen, wie er es für wichtig erachtet: „Wenn Ihnen ein Thema wirklich am Herzen liegt, können Sie in keine Partei gehen. Die müssen so viele Themen abdecken, dass ein einzelner Bereich gar nicht die zentrale Relevanz haben kann“.

Judith Kolbe und Alexander Hülle machen auch Politik. Aber in ihrem Spezialgebiet und mit anderen Mitteln – mit den Mitteln einer Interessengruppe, mit Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Selbst da wundern sie sich manchmal über ihre Gesprächspartner aus der Politik: „Die begegnen einem mit viel Beharren und Misstrauen“, sagt Hüller, der „selbst bei Spezialisten ein teils erhebliches Wissensdefizit“ bemerkt.

Wenn aber der Parteisprecher für Menschenrechte nicht mit dem AI-Sprecher mithalten kann, dann kann seine Partei auch nicht mehr für alle Bürger sprechen, so Hülle. Im Extremfall kann sie für gar niemand mehr sprechen, wenn alle sich nur noch für ein Politikfeld sehr stark interessieren. Es ginge den Parteien ein bisschen so wie den großen Kaufhäusern Kaufhof oder Karstadt, die auch alles im Programm haben – aber bei allen Warengruppen dem jeweiligen Spezialisten unterlegen sein müssen.

Für Alexander Hülle ist dieser „Nie-



„Vor dreißig Jahren wäre es für viele undenkbar gewesen, dass die Organisationen aus der so genannten Zivilgesellschaft heute selbstbewusst politische Positionen vertreten und durchsetzen.“

dergang der Parteien“ längst Realität. „Aber er ist kein Niedergang der Demokratie“, betont der AI-Sprecher. „Wenn Sie Ihr Anliegen klarmachen und das auf Sympathie stößt, engagieren sich die Leute“, rät er den Parteipolitikern. Ob man wie AI erfolgreich gegen die Steinigung einer Iranerin kämpft oder für mehr soziale Gerechtigkeit, ist dann zweitrangig.

„Diejenige Partei hat Zukunft, die Hoffnung gibt“, glaubt Hülle.

Bei den Diskussionen im Rahmen des World Cafés, bei denen die Besucher mit Alexander Hülle und Judith Kolbe ins Gespräch kommen, geht es genau um diese Mobilisierung. „Es ist ziemlich schwierig, die Leute von der Couch wegzukriegen“, klagt eine Teilnehmerin. „Wer partizipieren will, tut das auch“, entgegnet Alexander Hülle. Vor sich auf die Papiertischdecke hat er geschrieben: „Visionen für eine bessere Welt“. Die gelte es zu entwickeln, damit die Menschen mitmachen wollen. Auch wenn, wie ein älterer Herr anmerkt, „ein Mausklick für mich keine Partizipation ist“.

Vor dreißig Jahren wäre es für viele undenkbar gewesen, dass die Organisationen aus der so genannten Zivilgesellschaft heute selbstbewusst politische Positionen vertreten und durchsetzen. In den meisten der fünf Diskussionsrunden ist es Konsens, dass Parteien nicht mehr alle politischen Positionen besetzen können. Dass „Politik machen“ heute anders funktioniert als in den 1970ern, dass die Politik – gewiss auch eine Parteienverdrossenheit ist. Ein Juso am Tisch von Judith Kolbe erklärt hingegen, er sei jetzt „noch motivierter, in der Partei mitzuarbeiten“. Berührungängste mit Organisationen wie Terre des Femmes hat er nicht.





Foto: www.heikoheilig.com

Ein Tausendsassa des Politischen

Wenn man Peter Grohmann nach seinem Beruf fragt, sagt er „Anstifter“. „Politischer Tausendsassa“ würde es auch ganz gut treffen. Ein Portrait über einen, der Politik mit anderen Mitteln macht.

Über Peter Grohmann ist schon viel geschrieben worden. Einen „roten Großvater“ hat Josef-Otto Freudenreich von der Stuttgarter Zeitung den heute 71-jährigen vor einigen Jahren genannt. Ein andermal heißt es von ihm, dass er „pointiert agiert, geistreich scherzt und mit bewundernswerter Genauigkeit die deutsche Sprache auf ihre Durchschlagskraft hin überprüft“.

So weit, so gut. Aber was macht dieser Peter Grohmann eigentlich? Er selbst nennt es „Engagement gegen's Stramm-

stehen und Gehorchen“, wenn er mal wieder politisches Kabarett macht oder sich mit dreizehn Bürgerinitiativen im Stuttgarter Rathaus zum „Demokratieschlag“ einfindet, um den Rückkauf des städtischen Wassernetzes zu fordern.

Peter Grohmann, man kann es nicht anders sagen, macht Politik. Wenn auch mit anderen Mitteln, indirekt, über Umwege. Keine Frage: Er äußert sich gern und regelmäßig zur Politik, tagesaktuelle zumeist wie bei seinem „Demokratieschlag“ im April 2009. Peter Grohmann

ist die personifizierte „Zivilgesellschaft“, jene politische Gegenöffentlichkeit also, die sich gern öffentlichkeitswirksam äußert. Peter Grohmann ist auf so ziemlich jeder größeren Demonstration in Stuttgart mit dabei. Er ist ein energischer Verfechter des basisdemokratischen Elements namens Bürgerinitiative. Er hat sogar selbst eine gegründet.

„Die Anstifter“ nennt sich jene Gruppe von aktuell rund 1000 Stuttgarter Bürgern, die „kritisch und weltoffen“ zum Beispiel gegen Neofaschisten oder das



Verdrängen des Naziterrors kämpft, gegen Atomstrom oder privatisierte Wassernetze und mit dem „Stuttgarter Friedenspreis“ Projekte unterstützt, die sich für Flüchtlinge, Grundrechte und die Schwachen der Weltgesellschaft einsetzen.

Peter Grohmann hat die Dresdner Bombennächte als Kind miterlebt, türmte aus der DDR und machte bis zur Wende im Schwabenland politisches Kabarett und sonstige Agitation ehe er erst vergeblich in Dresden und schließlich 2002 in Stuttgart zum Anstifter wurde. Am liebsten würde er bei ganz vielen politischen Themen mitreden, eine Perspektive mit einbringen, die die Parteien nicht einnehmen wollen oder gar können. Aber, ärgert sich Grohmann, die Politiker lassen ihn nicht. „Wer immer die Stadt gut oder schlecht berät, die Bürgerinitiativen sind

Den kriselnden Politikmaschinen rät er, solche Projekte stärker wahrzunehmen. Seine Generation will Peter Grohmann nicht verherrlichen. „Was hinterlassen wir schon? Schulden, leergefischte Meere, kaputte Wälder. Dabei sind wir doch eigentlich immer die Guten: Wir sind grün, sozialbewusst und haben eine Demokratie“. Man hört eine gewisse Ironie, auch Zynismus in Grohmanns Stimme.

Von der Politik wünscht er sich mehr Offenheit und mehr Kontroverse. Grohmann vermisst die Flügelkämpfe, die einst Politikergenerationen formten, die scharfen Auseinandersetzungen. Sehr stromlinienförmig sei der politische Betrieb vor allem innerhalb der Parteien. „In der Partei zu Hause und doch offen sein, das fehlt heutzutage, die Autonomie“, findet der Anstifter. Dass Aufmüpfigkeit

Dennoch: „Die Zivilgesellschaft kann sich nur mit und über Parteien entwickeln“. Selbstredend, dass er diese Entwicklung als notwendig erachtet: „Die reine Orientierung an Wahlergebnissen ist das eine“, sagt Grohmann, „die Zivilgesellschaft mit ihrer demokratischen Graswurzelarbeit das andere“. Gerade weil sie Alternativen zur „Parlamentsfixiertheit“ aufzeigt, wie der Kabarettist in Deutschland erkennt.

Aber schürt einer wie Grohmann mit seinen Initiativen nicht erst das Misstrauen, das er selbst im Volk gegenüber den Parteien ausmacht? In der Zeitung hat er erst kürzlich gewettert, die großen Fraktionen würden „selbstbewusst, selbstherrlich, selbstvergessen, meist bürgerfern“ arbeiten – auch und gerade in Stuttgart. Grohmann macht seine Erfahrungen:

Peter Grohmann, man kann es nicht anders sagen, macht Politik. Wenn auch mit anderen Mitteln, indirekt, über Umwege.

es nicht“, schreibt er, „sie werden selbstredend nicht an die Runden Tische geladen, ihr Rat ist weder gefragt noch erwünscht und auch gar nicht vorgesehen. Das alte Establishment bleibt auch hier wieder und weiter unter sich.“

Bürgerinitiativen als Lückenbüßer? Peter Grohmann sieht es aus einer anderen Perspektive: „Da wo sich bürgerschaftlich etwas begibt, fehlen die Parteien. Zum Beispiel bei den Stolpersteinen“. Mit den kleinen gravierten Steinen auf dem Bürgersteig erinnern deutschlandweit Initiativen wie die Anstifter an jüdische Naziopfer. Auch das ist Politik, zumal „Parteien dafür viel zu sehr in ihren Gremien beschäftigt sind“, analysiert Grohmann.



„Die Zivilgesellschaft kann sich nur mit und über Parteien entwickeln.“

in Parteikreisen allerdings nicht belohnt wird, erfuhr Grohmann bereits 1961. Nachdem er zur Wahl von Atomwaffengegnern aufrief, wurde er aus der SPD ausgeschlossen.

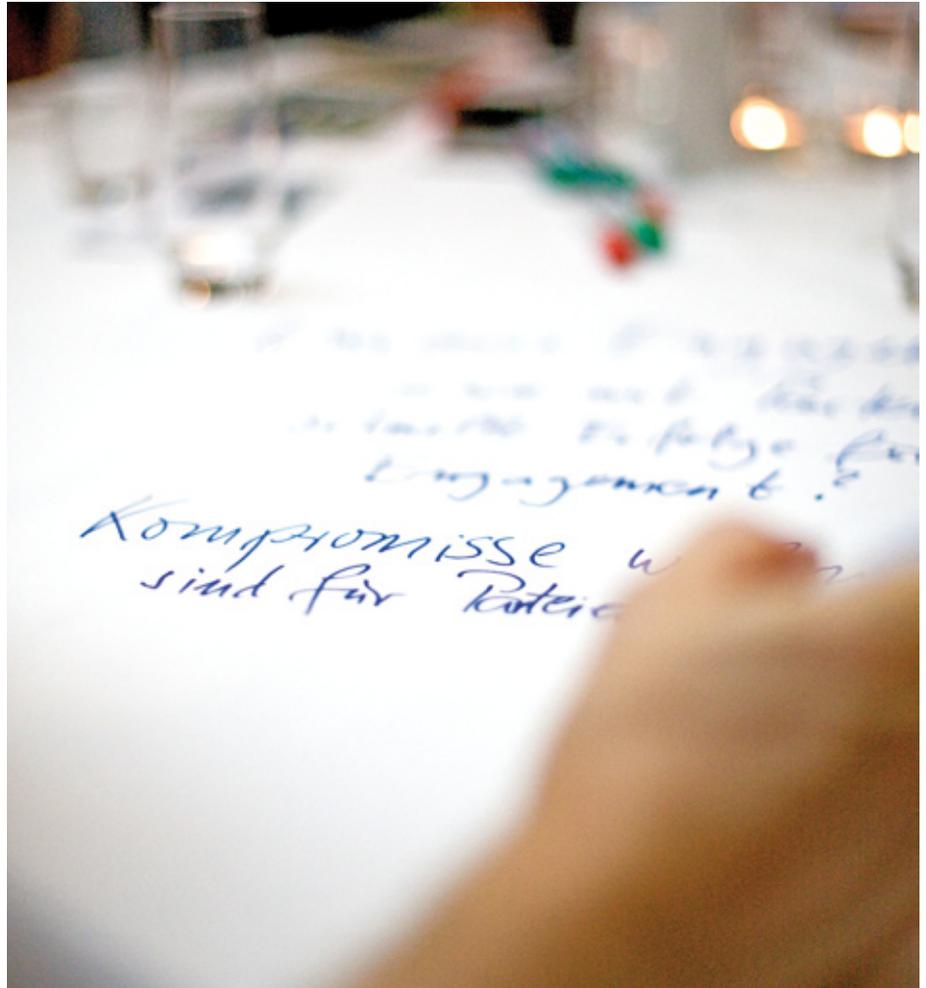
Er ist ein energischer Verfechter des basisdemokratischen Elements namens Bürgerinitiative. Er hat sogar selbst eine gegründet.

Wenn er ab und an im SPD-Ortsverein zu Gast ist – als Kabarettist, nicht (mehr) als Mitglied! – schotten sich die Genossen gegen seine Kritik ab. „Die Wahrheit ist doch, dass wir in Parteien wenig zu sagen haben“, sagt Grohmann und meint damit auch sich selbst.

Immerhin hat er mit der Partei noch nicht ganz abgeschlossen: 2004 bewarb er sich mit einem offenen Brief um die Nachfolge Gerhard Schröders an der SPD-Spitze, weil er „mit Gerhard an Straßenblockaden und Rote-Punkt-Aktionen teilgenommen“ habe. Nachdem es damit nicht geklappt hat, wandte sich Peter Grohmann wieder seinen Anstiftern zu. Er ist eben lieber Tausendsassa als bloß Politiker.

World Café

Das World Café bietet die Möglichkeit, in zwangloser Atmosphäre intensiv über Themen zu diskutieren. Das Prinzip des World Café geht davon aus, dass die Teilnehmer über entsprechendes Wissen und Kreativität verfügen, um an einer solchen Diskussion teilzunehmen. In wechselnden Gruppen werden Themen diskutiert, Ideen entwickelt, Standpunkte beleuchtet und Lösungen erarbeitet. Das World Café lockert eine steife Tagungsatmosphäre auf und bietet die Möglichkeit zum Austausch. Leitidee ist die entspannte Atmosphäre eines Straßencafés, in dem sich die Menschen zwanglos unterhalten.



Stimmen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Kompromisse will niemand wirklich, sind für Parteien aber unabdingbar.



Hans H. Pfeifer,
Citymanager und Stadtrat in Stuttgart:
„Bürgerschaftliches Engagement ist für viele Bürgerinitiativen zur knappen Ressource geworden. Beteiligung funktioniert vor allem dann, wenn man gegen etwas ist oder die Menschen persönlich betroffen sind. Ansonsten hofft man oft

auf andere, dass sie etwas für einen tun. Früher war das gewiss anders, ohne den individuellen wirtschaftlichen Druck. **Wo ehrenamtliches Engagement wegbricht, muss man diese trotzdem notwendigen Leistungen bezahlen und die Frage besteht, ob wir uns das alles leisten können.**“



Esther Kuhn-Luz,
Kirchl.Dienst in der Arbeitswelt/
ev.Akademie Bad Boll:

„Als Wirtschafts- und Sozialpfarrerin bringe ich soziale Positionen in die Betriebe, Gewerkschaften und Verbände und trage sie in die Kirche zurück. Die Kirche spielt in diesem Bereich

also eine Rolle. Das hat sich in der DDR gezeigt als die Kirche einer der wenigen öffentlichen Räume war, in denen die Leute sich äußern konnten. Die Kirche hat meiner Meinung nach die Aufgabe, die Augen offen zu halten. Für soziale Bewegung, etwa hin zu Hartz IV oder Armut. Unser Nachwuchs kommt übrigens aus jenen Gemeinden, die sich für Jugendliche öffnen und ihnen zuhören, sie ernstnehmen. Genau das würde ich mir von der Politik auch wünschen. **Den Parteien fehlt oft die Vision, auch in der Rhetorik. Parteien sollten den Leuten nicht nur zeigen, wie man ein Schiff baut, sondern ihnen die Vision vermitteln, raus aufs Meer zu fahren.**“



Philipp Baudy,
Student und engagiertes
SPD-Mitglied im Ortsverein
Stuttgart-Sillenbuch:

„Ich engagiere mich gerne im Ortsverein. Natürlich wird dort wie überall viel verwaltet, aber man kann auch richtig politisch diskutieren, im Kleinen was

bewegen, etwas anstoßen. Ja, ich drücke mir mit einer Parteimitgliedschaft langfristig einen Stempel auf und seine Zeit so zu verbringen, ist in meiner Generation etwas Besonderes. Aber ich glaube, dass Volksparteien nicht existenziell bedroht sind. Sie müssten aber Auswüchse wie den Koalitionszwang in Regierungen wegbekommen und auch besondere Bürgerinitiativen und Gruppen integrieren. Eine Volkspartei steht immer für ein Bündel von Ideen, die muss also auch Positionen von Initiativen aufnehmen können. Diese Initiativen sind nämlich deutlich kurzlebiger als Parteien. **Letztlich wird es nie eine Demokratie ohne Parteien geben.**“



Jochen Häussermann-Schuler,
Unternehmensberater aus
Murrhardt:

„Parteien versuchen, alles selbst zu machen. Aber das schaffen sie nicht. Sie sollten stattdessen offen zugeben, dass sie für manche Themen keine Experten haben und auf die Weisheit

der Betroffenen setzen. Dass Parteien bei Wahlen das exklusive Vorschlagsrecht für Listen haben, sehe ich deshalb als Demokratiedefizit. Natürlich wollen Parteien diese Macht nicht abgeben. Sie wären aber besser beraten, Politik als Berufschance anzubieten und sich selbst als Ausbildungsumfeld. **Parteien sollten dazu da sein, für das Berufsfeld Politik eine Auswahl der Besten zu treffen, gewissermaßen als Kadenschmiede. Warum sollte es in Parteien nicht laufen wie in vielen Familienunternehmen? In der zweiten oder dritten Generation stellen die Erben einen fähigen Manager ein.**“



Imke Rabenstein,
Studentin der Politik- und
Verwaltungswissenschaft in
Friedrichshafen:

„Von meinen Kommilitonen sind alle in irgendwelchen Projekten engagiert. Denen mangelt es sicher nicht an Einsatz für die Gesellschaft, und sie reißen

mit ihren Projekten auch regelmäßig andere mit. Ich glaube, dass Beteiligung auch eine Frage der Bildung ist. Bildungsferne haben ein Bezugsproblem. Politik interessiert sie nicht, sie beschäftigen sich nicht damit und manche Sachverhalte sind für sie zu komplex. Diese Schicht würde sich auch mit mehr direkter Demokratie nicht spürbar mehr engagieren. Höchstens auf kommunaler Ebene, wo es die direkte Lebenswelt betrifft. Dafür muss man den Interessierten aber auch Raum geben. **Wer mitmachen will, muss mitmachen können. Dazu gehört auch Politik in der Schule: Lieber Planspiele statt todlangweiligem Politikunterricht!**“

Impressum

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung/Fritz-Erler-Forum, Felix Schmidt (v. i. S. d. P.); **Redaktion:** Jan Georg Plavec; **Fotos:** Andreas Langen, Pressestelle Landtag von Baden-Württemberg (Titel), Heiko Hellwig (Grohmann) ; **Layout:** Daniela Kieser.

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastraße 24, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711 24 83 94-47
Telefax: 0711 24 83 94-50
info.stuttgart@fes.de
www.fritz-erler-forum.de



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg